



Pressemitteilung

29. August 2024

BVMB fordert mehr Klarheit bei Finanzierung der Verkehrswege

Verband mahnt langfristige Planbarkeit und Verlässlichkeit an

Die Haushaltsberatungen im Bundestag stehen vor der Tür, obwohl zwischenzeitlich der gefundene Kompromiss für den Haushaltsentwurf 2025 massiv wackelte – insbesondere der Verkehrshaushalt. Eine Priorisierung mit erkennbaren Lösungen gegen den drohenden „Infrastrukturinfarkt“ ist nicht erkennbar. „Das spiegelt sich auch in den vorgelegten Zahlen wider“, so Michael Gilka, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e. V. Im Bereich der Bundesfernstraßen werden die nach dem vorliegenden Entwurf der Bundeshaushaltsplanung vorgesehenen investiven Mittel 2025 von aktuell 8,84 Mrd. Euro – inklusive Nachtragshaushalt – auf 9,13 Mrd. Euro anwachsen. Mit Blick auf die nächsten Jahre steht ein weiterer Anstieg ausgehend von 9,60 Mrd. Euro in 2026 auf 9,87 Mrd. Euro im Jahr 2028 bevor. Wenn man jedoch bedenkt, dass allein die Autobahn GmbH im Vorfeld der Haushaltsberatungen für die nächsten vier Jahre einen Mehrbedarf in Höhe von 5,5 Mrd. Euro angemeldet hat, ist das deutlich zu wenig. Unklar ist außerdem, wie die Finanzplanung unter einer etwaigen neuen Regierung tatsächlich ausfällt.

Separates Finanzierungskonzept für jeden Verkehrsträger notwendig

„Wir brauchen dringend Lösungen, damit das jährliche Zittern um die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel endet und mehr Planungssicherheit für Auftraggeber und Bauwirtschaft erreicht wird“, fordert Daniel Jonas, Geschäftsführer der BVMB, eine verlässlichere Finanzierung für Straßenbauprojekte insbesondere des Bundes. Der Verband fordert ein separates Finanzierungskonzept für jeden einzelnen Verkehrsträger. „Es kann nicht sein, dass Straße, Schiene und Wasserstraße bei der Finanzierung gegeneinander ausgespielt werden“, kritisiert der BVMB-Vertreter. Als Beispiel nannte er die Querverwendung von Mauteinnahmen aus den Autobahnen für den Schienenwegebau.

„Verkehrsträger bei der Finanzierung nicht gegeneinander ausspielen!“

Aktuell leidet die Finanzierung des Verkehrswegebbaus laut Gilka „an einem gehörigen Durcheinander, auf dessen Basis keine Baufirma verlässlich planen kann“. Grundlage müsse eine realitätsnahe und bedarfsgerechte Finanzausstattung durch den Bund sein. „Die ist jedoch für uns aktuell nicht erkennbar, daher muss ernsthaft und intensiv über mögliche Finanzierungsinstrumente für die verschiedenen Verkehrsträger nachgedacht werden“, analysiert er die Lage. Dass der aktuelle Mix aus Jährlichkeit des Bundeshaushalts und einer mittelfristigen Planung nicht ausreiche, sei offensichtlich. Der Verband erinnert an den Vorschlag von Bundesverkehrsminister Dr. Volker Wissing (FDP) im Rahmen des Zukunftspakets für leistungsfähige Autobahnbrücken aus März 2022 eine langjährige Finanzierungsvereinbarung zwischen Bund und Autobahn GmbH abzuschließen. „Leider ist es bis jetzt bei einer Ankündigung geblieben. Wir warten immer noch darauf, dass den Worten endlich Taten folgen“, so BVMB-Geschäftsführer Daniel Jonas.

Festzustellen sei, dass alle Verkehrsträger unterfinanziert seien. Gerade deshalb sei wichtig, dass die einzelnen Verkehrsträger nicht gegeneinander ausgespielt werden auf Kosten der jeweils anderen. „Doch genau das geschieht gerade mit dem Aufbruch des Finanzierungskreislaufs Straße: Teile der Einnahmen aus der Lkw-Maut werden vom Straßenbau abgezogen und stattdessen in den Bereich Schiene verlagert, die sicherlich auch enormen Bedarf hat. Nur 50 Prozent der Mauteinnahmen fließen aber künftig in die Straße, das entspreche den Einnahmen vor der Erhöhung. Das ist für die Straße zu wenig. Insbesondere brauche jeder Verkehrsträger ein separates Finanzierungsgerüst. Optimal wäre nach Einschätzung der BVMB, wenn die Autobahn GmbH nicht nur durch den Bund, sondern ohne Umwege direkt auch durch Mauteinnahmen abgesichert würde.“

RA Dirk Stauf

Bundesvereinigung Mittelständischer
Bauunternehmen e.V.
Königswinterer Straße 329
53227 Bonn
Tel.: 0228 91185-16
E-Mail: stauf@bvmb.de

BVMB

Die BVMB ist ein bundesweit tätiger, tarifpolitisch ungebundener Wirtschaftsverband, der die Wirtschafts-, Markt- und Wettbewerbsinteressen seiner mittelständischen Mitgliedsunternehmen auf politischer Ebene sowie gegenüber Auftraggebern aus allen Baubereichen vertritt. Bereits seit 1964 setzt sich die Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V. (BVMB) für die Interessen der mittelständischen Bauwirtschaft ein. Unsere Mitgliedsunternehmen erwirtschaften mit ihren insgesamt mehr als 250.000 Mitarbeitern ein Umsatzvolumen von rund 30 Mrd. Euro pro Jahr. Aufgrund der Strukturen unserer Mitgliedsunternehmen – von kleineren und größeren – bis hin zu sehr großen Straßen-, Brücken-, Hoch-, Erd-, Gleisbau- oder Bahnsicherungsunternehmen sowie deren Lieferanten, deckt die BVMB einen Großteil des Spektrums der deutschen Bauwirtschaft ab.